

Xinhua, 23.12.01, nach BBC PF, 25.12.01; Xinhua, 26.12.01, nach BBC PF, 27.12.01; WSJ, 17.12.01; XNA, 8.12., 21.12.01; Pakistan TV, 20.12.01, nach BBC PF, 21.12.01; Pakistan TV, 20.12.01, nach BBC PF, 22.12.01; China Radio International, 21.12.01, nach BBC PF, 23.12.01; PTI News Agency, 27.12.01, nach BBC PF, 28.12.01; PTI News Agency, 29.12.01, nach BBC PF, 30.12.01; Radio Pakistan, 14.12.01, nach BBC PF, 15.12.01; Radio Pakistan, 21.12.01, nach BBC PF, 22.12.01; Radio Pakistan, 23.12.01, nach BBC PF, 24.12.01) -kg-

7 Armutszeugnis für Beijings Taiwan Watchers

Obwohl sich Politiker, Militärs und Kommentatoren auf der Festlandseite der Straße von Taiwan im Vorfeld der Wahlen auf der Insel im Gegensatz zu früheren Ereignissen dieser Art mit Warnungen und Drohgebärden merklich zurückgehalten hatten, waren der überragende Sieg der Democratic Progressive Party (DPP) des taiwanischen Präsidenten Chen Shuibian und die enormen Verluste des Beijinger Wunschgegenspielers der Guomin Dang (Kuomintang, KMT) offensichtlich eine große Überraschung für die Beobachter in der Volksrepublik China.

In allen Think Tanks der Volksrepublik China hatte noch bis zum Wahltag die Annahme vorgeherrscht, die KMT werde zwar leicht verlieren, nach wie vor jedoch stärkste Partei im taiwanischen Parlament bleiben. Als es ganz anders kam, mussten die chinesischen Taiwan Watchers kleinlaut ihre offensichtlich primär von Wunschdenken bestimmten eklatanten Fehlprognosen eingestehen. Prof. Xu Bodong, Direktor des Taiwan-Instituts der Beijing Universität wird mit den Worten zitiert, die chinesische „Seite habe den wahren Volkswillen in Taiwan nicht richtig erfasst“.

Man musste eingestehen, dass das Wahlergebnis in Taiwan angesichts der schlimmsten Rezession in Taiwans Geschichte eindeutig wirtschaftliche und taiwaninterne Fragen wahlentscheidend waren und nicht die Beziehungen zur Volksrepublik China. Man könne daraus die Schlussfolgerung ziehen, dass auch eine Verbesse-

rung der wirtschaftlichen Beziehungen mit Taiwan nicht unbedingt dazu führen werde, die Bevölkerung Taiwans näher an die Volksrepublik zu binden, hieß es aus akademischen Kreisen in China.

Wie sehr man in der politischen Führung Chinas von dem Erdrutschsieg der DPP überrascht worden war und welche Probleme man mit der politischen Einschätzung der Lage nach den Wahlen in Taiwan hatte, zeigt die Tatsache, dass man bis zur öffentlichen Kommentierung eine halbe Woche verstreichen ließ. Dann allerdings gab es Warnungen vor einer weiteren Verschlechterung der Beziehungen zwischen beiden Seiten der Taiwan-Straße. (Hongkong iMail, 3.12.01, nach BBC PF, 4.12.01; NZZ, 3.12.01; FAZ, 5.12., 6.12.01; CNAT, 3.12.01, nach FBIS, 4.12.01; CNAT, 1.12.01, nach BBC PF, 2.12.01; CNAT, 2.12.01, nach BBC PF, 3.12.01) -kg-

8 Besorgt um Landsleute in Argentinien

Der Ausbruch der sozialen Unruhen in Argentinien veranlasste die chinesische Regierung zur Sorge um in Argentinien lebende Landsleute. Man schätzt, dass insgesamt etwa 30.000 bis 40.000 ethnische Chinesen zumeist aus den südostchinesischen Provinzen Fujian und Guangdong in dem südamerikanischen Land leben.

Chinesischen Berichten zufolge hatten Auslandschinesen und chinesischstämmige Argentinier insbesondere unter den Plünderungen kurz vor Weihnachten zu leiden. Allein in Buenos Aires seien diesen Übergriffen mehr als 500 chinesische Geschäfte zum Opfer gefallen. Die chinesische Botschaft in Argentinien hatte nach Auskunft des chinesischen Botschafters Wang Yuying aufgrund argentinischer Medienberichte über Angriffe auf chinesische Ladenbesitzer und verletzte chinesische Staatsbürger bereits Diplomaten mit der Aufklärung solcher Vorkommnisse betraut. Weiterhin sei man bei der argentinischen Regierung vorstellig geworden und habe einen wirksamen Schutz des Lebens und des Eigentums chinesischer Staatsbürger verlangt. Gleichlautende Forderungen erhob in China auch die All-China Federation of Returned Overseas Chinese.

Während Xinhua nur von einer nicht näher bezifferten Anzahl von Verletzten unter den Chinesen in Argentinien berichtete, sprach die Nachrichtenagentur Zhongguo Tongxun She in Hongkong von zehn Toten unter der chinesischen Bevölkerung. Ihr Tod sei zum Teil darauf zurückzuführen, dass sie anstürmenden Plünderern Widerstand geleistet und daraufhin von diesen zu Tode getrampelt worden seien. Andere hätten angesichts des Totalverlusts ihres Eigentums verzweifelt Selbstmord begangen. (Xinhua, 22.12.01, nach BBC PF, 24.12.01; Xinhua, 23.12.01, nach BBC PF, 24.12.01; ZTS, 22.12.01, nach BBC PF, 23.12.01) -kg-

Innenpolitik

9 Abberufung des Shanghaier Bürgermeisters Xu Kuangdi – Ende einer politischen Karriere?

Die Nachricht von der Abberufung des Shanghaier Bürgermeisters Xu Kuangdi, die am 7. Dezember bekannt wurde, überraschte die chinesische und die internationale Öffentlichkeit ebenso wie angeblich auch den Betroffenen selbst. Der 64-jährige Xu Kuangdi verlor neben seinem Amt als Bürgermeister auch sein Amt als stellvertretender Parteisekretär Shanghais.

Gründe für die überraschende Abberufung Xu Kuangdis wurden von offizieller Seite nicht genannt. Die staatlichen Medien meldeten einzig, dass der Ständige Ausschuss des Shanghaier Volkskongresses seinen Rücktritt angenommen habe und dass das Zentralkomitee der KPCh Xu zum Parteisekretär der Chinesischen Akademie für Ingenieurwesen in Beijing ernannt habe. Gemeldet wurde außerdem, dass als Nachfolger im Amt des Bürgermeisters der 55-jährige Chen Liangyu antreten wird, der bislang stellvertretender Bürgermeister Shanghais war. Auch die offizielle Website der kommunalen Verwaltung Shanghais weist nur lapidar auf die Versetzung Xus nach Beijing hin und zeigt eine Foto-

grafie seines ausdruckslos lächelnden Nachfolgers.

Xu Kuangdi, der das Amt des Shanghaier Bürgermeisters seit 1995 innehatte, hielt sich bei Bekanntwerden der Nachricht in Paris auf, wohin er gereist war, um die Bewerbung Shanghais für die Ausrichtung der Weltausstellung im Jahr 2010 zu unterbreiten.

In ausländischen Diplomaten-, Geschäfts- und Medienkreisen gilt Xu Kuangdi als weltgewandter, liberaler und pragmatischer Politiker. Mit seiner ingenieurwissenschaftlichen Ausbildung wird er den „Technokraten“ zugerechnet; von vielen Altersgenossen dieser Gruppe unterscheidet er sich jedoch dadurch, dass er der KPCh erst sehr spät, in den 1980er Jahren, beigetreten ist, und viel von der verbreiteten dogmatischen Steife vermissen lässt. Ihm werden erhebliche Leistungen bei der Verbesserung des Investitionsklimas in Shanghai zugeschrieben. In seine Amtszeit als Bürgermeister fällt die national wie international viel beachtete glanzvolle Renaissance Shanghais als Weltwirtschaftsmetropole (vgl. C.a., 2001/11, S.1215-1228).

Der offizielle Verzicht auf die Nennung von Gründen für die überraschende Versetzung Xu Kuangdis nach Beijing hat zahlreichen – zum Teil widersprüchlichen – Spekulationen Nahrung gegeben. Viele von ihnen bergen einige Plausibilität; keine von ihnen hat sich bislang eindeutig bewahrt.

Sehr früh schied der Verdacht aus, Xu könnte wegen Korruptionsvorwürfen aus seinem Amt entfernt worden sein. Für diese Erklärung sprachen lokal kursierende Gerüchte, denen zufolge ihm angeblich verweigert worden sei, seine ehemaligen Büroräume noch einmal aufzusuchen. Andere Hinweise gab es für diese Version nicht, und Xu gilt allgemein als einer der am wenigsten korrumpierbaren Politiker der VR China. Auch spricht die Ernennung zu einem Parteisekretär in der – wenn auch politisch wenig bedeutsamen – Ingenieursakademie gegen diese Version, da man einem der Korruption verdächtigsten Parteimitglied kaum ein verantwortliches Parteiamt zuweisen dürfte.

Eine sehr viel „harmlosere“ Erklärungsvariante liegt darin, dass Xu Kuangdi im Vorfeld des XVI. Parteitags, der im Herbst 2002 den endgültigen Wechsel von der gegenwärtigen dritten auf die vierte Führungsgeneration markieren wird, gemäß besonderer Ruhestandsregelungen aufgrund seines vorgerückten Alters aus dem Bürgermeisteramt ausgeschieden ist. Als Ruhestandsaltersgrenze für Ämter auf Minister- bzw. Provinzebene – also auch für das Bürgermeisteramt der Stadt Shanghai, die als regierungsunmittelbare Stadt auf Provinzebene rangiert – gilt allgemein das 65. Lebensjahr; in den letzten Jahren wurde diese Grenze von der parteistaatlichen Führung auch zunehmend strikt durchgesetzt. Im Vorfeld des 16. Parteitags betrifft diese Ruhestandsregelung nun aber auch solche Amtsinhaber, die diese Altersgrenze von 65 zwar noch nicht erreicht haben, dies aber in absehbarer Zeit tun werden. Denn laut einem Parteibeschluss vom Frühjahr 2001 müssen alle Personen, die Ämter auf der Minister- bzw. Provinzebene bekleiden, zugleich dem Zentralkomitee der KPCh angehören. Um daher sicherzustellen, dass die jüngeren Nachfolger in den betreffenden Ämtern eine Chance erhalten, sich rechtzeitig vor dem Parteitag in ihren neuen Ämtern für eine Wahl in das im Herbst zu bestimmende neue Zentralkomitee der Partei zu qualifizieren, sollen gegenwärtige Amtsinhaber, die das 65. Lebensjahr innerhalb der nächsten Jahre erreichen werden, die Posten für ihre Nachfolger vorzeitig freimachen (vgl. C.a., 2001/5, Ü 10). Genau dieser Fall könnte auf Xu Kuangdi zugetroffen haben, der im Dezember 2001 seinen 64. Geburtstag feierte. Tatsächlich haben in den letzten Wochen und Monaten zahlreiche Neubesetzungen führender Provinzämter aufgrund dieser Regelung für einen vorgezogenen Ruhestand stattgefunden (vgl. *Monthly Data* in den zurückliegenden Ausgaben sowie im hinteren Teil dieses Heftes). Merkwürdig mutet bei dieser Erklärung nur an, dass ein derart „harmloser“ Grund von offizieller Seite ohne weiteres hätte benannt werden können.

Diese Erklärung wird durch eine weitere Version modifiziert bzw. ergänzt: Für zahlreiche chinesische Beobachter und langjährige Chinakenner kei-

neswegs kontraintuitiv ist die Annahme, dass die Versetzung Xu Kuangdis nach Beijing nicht das Ende seiner politischen Karriere, sondern vielmehr der Anfang eines möglichen Aufstiegs in ein hohes Staatsamt in Beijing sein könnte. Aufgrund des baldigen Erreichens der 65-Jahres-Grenze und in Anbetracht des bevorstehenden 16. Parteitags im Herbst sei Xu vorerst in eine „Warteschleife“ manövriert worden, um alsbald in ein höheres Amt der Partei und/ oder der Zentralregierung berufen zu werden, für das die (informelle) Ruhestandsgrenze bei 70 Jahren liegt. Eine rechtzeitige Beförderung auf ein solches Amt auf zentraler Ebene würde Xu mithin erlauben, seine politische Karriere um (mindestens) fünf Jahre zu verlängern. Tatsächlich habe der Shanghaier Bürgermeister bislang – nach dem Vorbild mehrerer seiner Amtsvorgänger, allen voran seines Protegés, Ministerpräsident Zhu Rongji – als aussichtsreicher Kandidat etwa für das Politbüro bzw. für ein Amt im Staatsrat oder als stellvertretender Ministerpräsident gegolten. Die Plausibilität einer solchen Erklärung wird allerdings durch die zumindest nach außen sehr schrofte und entwürdigende Art und Weise abgeschwächt, mit der er aus seinem Amt entfernt wurde. Dennoch kann vorerst nicht als ausgeschlossen gelten, dass Xu innerhalb der kommenden Jahre seine politische Karriere in Beijing fortsetzen wird.

Eine vierte Erklärungsvariante ist die eines machtpolitischen Konflikts in Shanghai. So sei es seit längerer Zeit ein offenes Geheimnis, dass sich zwischen dem liberalen Xu Kuangdi und dem konservativen Huang Ju, dem Parteisekretär Shanghais, im Lauf ihrer gemeinsamen Amtszeit in der Stadt zahlreiche persönliche und politische Differenzen aufgebaut hätten. Eine chinakritische Hongkonger Monatszeitschrift will etwa von Konflikten zwischen den beiden über die Übernahme der politischen Verantwortung für ein Unglück auf einer Shanghaier Werft im Juli d. J. (vgl. C.a., 2001/7, Ü 25) wissen, bei dem 36 Personen ihr Leben verloren hatten; Konfliktgegenstand soll auch die Frage der Pressefreiheit im Fall einer traditionellen Shanghaier Abendzeitung (*Xinmin Wanbao*) gewesen sein. Diese und andere Konflikte hätten seit

längerem nicht nur das politische Klima in Shanghai, sondern auch in Beijing beeinträchtigt, da sich Angehörige der Parteizentrale immer wieder in die Austragung dieser Konflikte verwickelt gesehen hätten. Den Ausschlag für den jüngsten und letzten Eklat habe die Mitte November begonnene jährliche Revision der kommunalen Partei- und Regierungsarbeit im zurückliegenden Jahr ergeben. Xu Kuangdi und Huang Ju seien in diesem Zusammenhang äußerst heftig aneinander geraten, woraufhin Xu sich zum Rücktritt entschlossen habe, eine Option, die er in den vergangenen Jahren wiederholt überdacht haben soll.

Mit dieser Version verwandt ist die fünfte Erklärungsvariante eines machtpolitischen Fraktions- bzw. Seilschaftskampfes innerhalb der Führungsspitze in Beijing. Danach gilt Xu Kuangdi als der „Schützling“ Zhu Rongjis, während Huang Ju als Schützling Jiang Zemins betrachtet wird. In Anbetracht seines im Herbst 2002 bevorstehenden Abschieds von der politischen Bühne sei Jiang Zemin daran gelegen, sein politisches „Erbe“ zu sichern, indem er seine „Schützlinge“ möglichst rechtzeitig in ihren Ämtern sichert bzw. in einflussreichere Ämter hievt. Vor dem Hintergrund eines zuletzt wieder verschärften Konflikts zwischen Jiang Zemin und Zhu Rongji habe sich Jiang dazu entschieden, Xu Kuangdi „auszuschalten“, um die Position „seines Mannes“ Huang Ju zu festigen. Diese Variante eines machtpolitischen Kampfes auf zentraler Ebene, der Xu zum Opfer gefallen ist, erscheint nicht gänzlich unplausibel, wirkt in ihrem logischen Muster aber allzu mechanistisch.

Eine letzte hier bekannte Erklärungsvariante besteht schließlich in der Annahme, dass Xu Kuangdi abgesetzt wurde, weil er einen schweren politischen Fehler begangen habe: So soll er im zeitlichen Umfeld des APEC-Gipfels, der im Oktober in Shanghai ausgetragen worden war, auf einer Pressekonferenz die exorbitante Summe von 40 Mio. US-Dollar genannt haben, die die Organisation des Gipfels gekostet habe. Offenbar habe er damit gegen den Ehrenkodex des Gastgebers verstoßen, was umso schlimmer wog, als der Gipfel, anlässlich dessen der US-amerikanische Präsident Bush China seinen ersten offiziellen Besuch abstat-

tete, als ein äußerst wichtiges außenpolitisches Ereignis galt.

Die Entscheidung für eine der genannten Erklärungsvarianten erscheint derzeit nicht möglich oder sinnvoll. Denkbar ist, dass Elemente von mehreren dieser Varianten gemeinsam zutreffen und dass Xu Kuangdis Abberufung aus dem Zusammenspiel verschiedener formeller und informeller Faktoren resultierte. Tatsächlich sollte vorerst nicht ausgeschlossen werden, dass die politische Karriere dieses Mannes, der als Bürgermeister von Shanghai auf eine sehr erfolgreiche Amtszeit zurückblickt, in Beijing ihre Fortsetzung findet. (Xinhua, 2.12.01; XNA, 8.12.01; www.sh.gov.cn; FT, 8.12.01; AWSJ, 1.12.01; CNN.com, 10., 11.12.01; Hong Kong Agence France Presse, 13.12.01, nach FBIS, 13.12.01; Le Monde, 11.12.01; SCMP, 13.12.01; NZZ, 17.12.01; DX, Dezember 01, S.10-12, 25/26; Information von Kerstin Lohse, ARD-Hörfunk-Korrespondentin, Shanghai) -hol-

10 Anti-Terror-Gesetzgebung verabschiedet

Am 29. Dezember verabschiedete der Ständige Ausschuss des Nationalen Volkskongresses auf seiner 25. Sitzung eine Änderung des Strafgesetzbuches im Hinblick auf schärfere Anti-Terror-Regelungen. Es handelte sich um die dritte Änderung des Strafgesetzbuches vom Juli 1979, das im März 1997 umfassend revidiert und im Oktober 1999 vor dem Hintergrund des Verbots der Falungong-Bewegung mit dem Ziel der Schaffung einer strikteren Handhabe für die strafrechtliche Verfolgung von „Kulten“ verschärft worden war (vgl. C.a., 1999/10, Ü 6).

Mit der jüngsten Änderung des Strafgesetzes reagierten die Gesetzgeber wie in vielen anderen Ländern weltweit auf die Terroranschläge in den USA vom 11. September. Ziel der neuen Anti-Terror-Gesetzgebung ist es nach Angaben von Vertretern des Ständigen Ausschusses, „zum Schutz der nationalen Sicherheit und gesellschaftlichen Ordnung sowie zur Gewährleistung der Sicherheit von Leben und Eigentum der Bevölkerung mit terroristischen Verbrechen strenger zu verfahren“.

Als konkreter Anlass für die jüngste Gesetzesänderung wird von der offiziellen Presse auch die Tatsache genannt, dass es in Nachahmung der Milzbrandanschläge in den USA auch in China zu Versuchen von Trittbrettfahrern gekommen war, durch die Versendung von Briefen mit weißem Pulver Schrecken zu verbreiten. In Zukunft sollen daher neben terroristischen Aktivitäten auch solche Trittbrettfahrer-Aktivitäten unter Strafe gestellt werden.

So sieht die Gesetzesänderung vor, dass Personen, die mittels vermeintlicher Sprengstoff-, biologischer, chemischer oder nuklearer Materialien vorgeblich terroristische Androhungen machen oder Informationen über angebliche terroristische Anschläge fingieren, mit Freiheitsstrafen von bis zu fünf Jahren bestraft werden.

Während das Strafgesetz in seiner bisherigen Form für die Organisation, Anleitung oder Beteiligung an terroristischen Aktivitäten Freiheitsstrafen zwischen drei und zehn Jahren vorsah, ist das Strafmaß in der Gesetzesänderung für die Organisation und Anleitung solcher Aktivitäten auf mindestens zehn Jahre erhöht worden; in schweren Fällen soll eine lebenslängliche Freiheitsstrafe oder sogar die Todesstrafe verhängt werden.

Für die finanzielle Unterstützung terroristischer Aktivitäten sieht der neue Gesetzestext Freiheitsstrafen von fünf oder mehr Jahren sowie Bußgeldstrafen oder Vermögensenteignung vor. Für Herstellung, Handel, Transport und Lagerung von toxischen, radioaktiven oder biologischen Gefahrenstoffen, wie auch für den illegalen Besitz von Sprengstoffen und Schusswaffen ist eine mindestens dreijährige Freiheitsstrafe, in folgenschweren Fällen auch lebenslängliche Freiheitsstrafe oder die Todesstrafe vorgesehen.

Die Details der Gesetzesänderungen sind in englischer Übersetzung im hinteren Teil dieses Heftes als Dokument nachzulesen. Die Änderung ist mit Verkündung sofort in Kraft getreten. (XNA, 18., 25.12.01; Xinhua, 29.12.01, nach BBC PF, 29.12.01) -hol-

11 Verschärfte Sicherheitsmaßnahmen in Xinjiang

Im Verlaufe des Monats Dezember hat die staatliche Führung Chinas die Sicherheitsmaßnahmen in der Autonomen Region Xinjiang, die im Gefolge des 11. September aus Furcht vor einer Ausbreitung separatistischer bzw. fundamentalislamischer Tendenzen intensiviert worden waren, weiter verschärft.

Offizielle Grundlage für eine Reihe von Maßnahmen zur Terrorbekämpfung ist die seit Oktober vorgenommene Einstufung uigurischer Untergrundorganisationen als „Terrororganisationen“ (vgl. C.a., 2001/10, Ü 8, 2001/11, Ü 8). Die chinesische Regierung beruft sich dabei auf Hinweise auf Verbindungen zwischen militanten Aktivisten für ein unabhängiges „Ostturkestan“ und den Terrorismusnetzwerken Osama Bin Ladens und der Taliban, die mindestens auf das Jahr 1999 zurückgehen und auch von westlichen Geheimdiensten bestätigt worden sind; verlässliche Informationen über Ausmaß und Rückhalt dieser Bewegung unter der uigurischen Bevölkerung Xinjiangs liegen allerdings nicht vor. Zuletzt bestätigte das US-amerikanische Außenministerium, dass sich unter den in Afghanistan festgesetzten Taliban-Kämpfern auch einige chinesische Uiguren befänden. Vor diesem Hintergrund sieht sich die chinesische Führung darin bestätigt, den jahrelangen Kampf gegen die „Infiltration und Sabotageaktivitäten feindlicher Kräfte, Separatisten und gewalttätiger terroristischer Kräfte“ mit erhöhter Intensität fortzusetzen.

In Übereinstimmung mit dieser offiziellen Position steht die erhöhte Präsenz von staatlichen Sicherheitskräften in der Region. Zu den Truppen der Volksbefreiungsarmee, die seit September in den Grenzgebieten zu den zentralasiatischen Nachbarstaaten zusammengezogen worden sind, und den Polizei- und Inspektionstrupps, die im Rahmen der anhaltenden Kampagne „Hart zuschlagen“ formal zur Kriminalitätsbekämpfung in Xinjiang tätig sind, sind nun nach Hongkonger Angaben noch zusätzliche Anti-Terror-Einheiten in die Autonome Region entsandt worden. Diese seien aus den Reihen der Bewaffneten Volkspolizei rekrutiert und als Spezialeinheiten zur

Bekämpfung terroristischer Aktivitäten ausgebildet worden. Zahl und Umfang der eingesetzten Einheiten sind nicht bekannt.

Seit dem 10. Dezember soll Berichten ausländischer Nachrichtenagenturen zufolge in Xinjiang eine spezielle Kampagne gegen „Separatisten, gewalttätige Terroristen und religiöse Extremisten“ im Gange sein, die bis Februar 2002 laufen soll. In dem Autonomen Bezirk Bayingolin und wahrscheinlich auch in anderen Teilen Xinjiangs wurden Vertreter dieser Gruppen durch öffentliche Aushänge aufgefordert, sich bis zum 10. Februar 2002 selbst den örtlichen Polizeikräften zu stellen; in diesem Fall könnten sie mit einer „milden“ strafrechtlichen Behandlung rechnen. Auch Verwandte und Freunde sollen aufgerufen worden sein, sich aktiv an der Fahndung zu beteiligen. Belohnungen wurden für die in Aussicht gestellt, die kriminelle Elemente in ihrem persönlichen Umkreis anzeigten, Strafen dagegen jenen angedroht, die die Auskunft trotz besseren Wissens verweigerten.

Über die Zahl der Verhaftungen verdächtiger Personen liegen keine einheitlichen Meldungen vor. Berichten uigurischer Exilgruppen zufolge wurden im Zuge der jüngsten Kampagne im Dezember im Bezirk Bortala im Nordwesten und in der Stadt Hotan im Westen Xinjiangs mehrere Dutzend Muslime festgenommen. Wie offizielle chinesische Vertreter bestätigten, wurden in dem oben genannten Bezirk Bayingolin neun Personen verhaftet, die beschuldigt wurden, den Koran in die lokale Sprache übersetzt und damit separatistische Bestrebungen propagiert zu haben; in mehr als 20 Fällen habe man die Personengruppe im zurückliegenden Jahr überführt, illegal gepredigt zu haben.

Ende Dezember berichteten internationale Nachrichtenagenturen ferner von „lokalen Quellen“, denen zufolge in dem vor allem von Uiguren bevölkerten Gebiet des Tianshan-Gebirges 318 Mitglieder dreier mutmaßlicher „terroristischer Organisationen“ festgesetzt worden sind. Offenbar handelt es sich bei dieser Zahl um den Ausschnitt aus einer größeren Zahl verhafteter Angehöriger von insgesamt 13 „kriminellen Gruppen“; nur drei von diesen wurden von den staatlichen Sicherheitsbehörden

als „terroristische Organisationen“ eingestuft.

Ebenfalls Ende Dezember wurde aus offiziellen chinesischen Quellen schließlich bekannt, dass verstärkt Maßnahmen ergriffen werden, um die Ausstrahlung ausländischer Fernsehprogramme per Satellit in Xinjiang zu unterbinden. Ziel sei es, eine „eiserne Mauer zu errichten, um die Infiltration westlicher Kultur zu verhindern“ – der Text lässt nicht erkennen, ob mit „westlicher Kultur“ der amerikanisch dominierte Okzident oder die islamische Kultur der zentralasiatischen Staaten an der Westgrenze Chinas gemeint ist. So weit bekannt ist, wurden in der Region bislang TV-Programme der Nachbarstaaten empfangen; auch internationales Satellitenfernsehen dürfte aber die Bevölkerung in Xinjiang in den vergangenen Monaten mit weitaus detaillierteren Nachrichten über die Ereignisse in Zentralasien versorgt haben, als dies vom staatlichen chinesischen Fernsehen geleistet wird. In jedem Fall ist in der staatlichen Fernsehzensur das Bemühen zu erkennen, potenziell radikalisierende Informationen und Ideen aus dem Ausland von der Bevölkerung Xinjiangs fernzuhalten. (Xinhua, 4.12.01, nach BBC PF, 4.12.01; Zhongguo Xinwen She, 10.12.01, 3.1.02, nach BBC PF, 10.12.01, 3.1.02; Zhongguo Tongxun She, 20.12.01, nach BBC PF, 20.12.01; CNN Hongkong, 5.1.02; www.mail-archive.com/uighur-1/taklamakan.org, 21., 25.12.01, 5.1.02; CND, 22.12.01; Xinjiang People's Broadcasting Station, 28.12.01, nach BBC PF, 28.12.01; *Xinjiang Ribao*, 28.12.01, nach FBIS, 5.12.01; FAZ, 12., 27.12.01) -hol-

12 Nationale Konferenz zur Religionsarbeit – Religionspolitik im Brennpunkt

Vom 10. bis 12. Dezember fand in Beijing eine vom Zentralkomitee der KP-Ch und dem Staatsrat gemeinsam veranstaltete „Nationale Konferenz zur Religionsarbeit“ statt, die erste dieser Art und Größenordnung seit 1990. Die große politische Bedeutung des Ereignisses wurde durch die Anwesenheit des gesamten siebenköpfigen Ständigen Ausschusses des Politbüros unterstrichen. Staatspräsident und KP-Ge-

neralsekretär Jiang Zemin sowohl wie Ministerpräsident Zhu Rongji hielten wichtige Reden, die anschließend in der offiziellen Presse abgedruckt und durch Leitartikel kommentiert wurden. Da es sich hier um selten ausführliche Dokumente zum Thema Religionspolitik handelt, seien ihre Hauptinhalte im Folgenden in einiger Ausführlichkeit skizziert.

Jiang Zemin wies in seiner Rede der Religionspolitik einen hohen Stellenwert in der Arbeit von Partei und Regierung zu. „In der gegenwärtigen in- und ausländischen Situation muss sowohl die Führungsrolle der Partei gegenüber der Religion als auch die Verwaltung religiöser Angelegenheiten durch die Regierung verstärkt werden, keineswegs kann sie dagegen geschwächt werden.“ Eine kompetente Ausführung der Religionsarbeit sei von zentraler Bedeutung für die gesellschaftliche Basis der Partei, die Einheit der verschiedenen Nationalitäten des Landes, die soziale Stabilität, die nationale Sicherheit und die staatliche Einheit.

Der maßgebliche Einfluss, den Religionen auf die Weltpolitik ebenso wie auf das gesellschaftliche Leben ausübten, dürfe nicht unterschätzt werden. Umso wichtiger sei es, die hochgradig komplexe Natur von Religionen zu verstehen. Die Hauptcharakteristika von Religionen bestünden darin, dass sie zum Ersten starke gesellschaftliche und historische Wurzeln aufwiesen, durch die ihr Fortbestand auch in der Moderne noch auf lange Zeit hinaus getragen werde; dass Religionen zum Zweiten eng mit ökonomischen, politischen und sozialen Faktoren verknüpft sei, sodass sie einen starken Einfluss auf die gesellschaftliche Entwicklung und Stabilität habe; drittens schließlich seien Religionen häufig mit internationalen Konflikten verquickelt und stellten somit einen bedeutsamen Faktor in den internationalen Beziehungen und der Weltpolitik dar.

Wenn die Mitglieder der Kommunistischen Partei Chinas auch dem Materialismus und Atheismus verpflichtet seien, so würde die Religion in der Volksrepublik China, welche sich ja erst im Anfangsstadium des Sozialismus befinde, noch für lange Zeit fortbestehen. Daher sei es weder ange-

bracht, die Religion mit administrativen Mitteln abzuschaffen, noch, sie mit administrativen Mitteln zu fördern. Vielmehr gelte es, die wechselseitige Anpassung von Religion und Sozialismus sowie die gegenseitige Ergänzung der Stärken der beiden aktiv voranzutreiben. Dies heiße keineswegs, dass religiöse Vertreter und Gläubige ihren Glauben aufgeben sollten – man fordere von ihnen allerdings Patriotismus, die Unterstützung des sozialistischen Systems und der Führung der Partei, Gesetzestreue und politischen Gehorsam sowie Respekt vor der nationalen Einheit.

Die Politik der Religionsfreiheit, die einen grundlegenden Bestandteil der Parteipolitik darstelle, müsse „vollständig und korrekt“ umgesetzt werden. Religiöse Aktivitäten, die sich im Rahmen verfassungsgemäßer Legalität bewegten, seien mit Mitteln des Rechts zu schützen, religiöse Aktivitäten dagegen, die diesen Rahmen verließen, strikt zu ahnden. Keinesfalls gehe es an, unter dem Vorwand einer Trennung von Staat und Religion eine Kontrolle der Religion durch den Staat zurückzuweisen. Es sei strikt untersagt, unter Berufung auf die Religion die Führung der Partei und das sozialistische System oder die nationale Einheit der verschiedenen ethnischen Gruppen abzulehnen. Untersagt sei es auch, Religion dazu zu missbrauchen, staatliche und gesellschaftliche Interessen zu schädigen oder die legalen Rechte anderer Bürger zu beeinträchtigen. Religiöse Vertreter sollten der Gesellschaft als Vorbilder für eine politisch, moralisch und ethisch einwandfreie Lebensführung dienen.

Konkretere Maßnahmen zur Stärkung der religionspolitischen Verwaltung stellte Zhu Rongji in seiner Rede vor. Er forderte zunächst, das Rechtssystem in Bezug auf Religionsangelegenheiten auszubauen, um die rechtmäßige religiöse Betätigung der Bürger besser zu schützen, aber auch, um illegale religiöse Aktivitäten effektiver ahnden zu können – das Beispiel des Falungong-„Kultes“ wurde in diesem Zusammenhang explizit benannt. Einen Ausbau der Verwaltungskapazitäten plane man zum einen in ländlichen Gebieten, zum anderen in von ethnischen Minderheiten bevölkerten Regionen. Was die ländlichen Gebiete angehe, so solle ein „Verwaltungs-

netz für Religionsangelegenheiten auf den drei Ebenen der Kreise, Gemeinden und Dörfer“ (*xian xiang cun sanji zongjiao shiwu guanli wanglu*) eingerichtet werden. Auf den Ebenen der Gemeinden bzw. ländlichen Kleinstädte und Dörfer – also für die Funktionäre an der ländlichen Basis – sollten ferner ein persönliches „Verantwortungssystem für die Religionsarbeit“ (*zongjiao gongzuo zerenzhi*) installiert und Kurse in juristischen und administrativen Belangen angeboten werden – eine Maßnahme, die darauf schließen lässt, dass man in der Umsetzung zentraler Politikvorgaben auf der lokalen Ebene erhebliche Defizite sieht.

Auch in Gebieten, in denen ethnische Minderheiten lebten, solle die Religionsarbeit gestärkt werden. Zugleich sollten durch wirtschafts-, bildungs-, kultur-, gesundheits- und sportpolitische Maßnahmen sowie durch ein verbessertes System der sozialen Sicherung die Ausgangsbedingungen und Anreize für eine Verbesserung des materiellen Lebensstandards geschaffen werden, implizit wohl in der Annahme, dass steigender Wohlstand von selbst zu einer Säkularisierung der Bevölkerung führen dürfte.

Schließlich müsse die Qualifikation des religiösen Verwaltungspersonals erhöht werden. In Provinzen, Städten sowie in Kreisen, in denen der Religionsarbeit besondere Bedeutung zukomme, seien eigene Behörden der jeweiligen lokalen Regierungen einzurichten, die qualifiziertes religiöses Verwaltungspersonal bereitstellen sollten. Die zukünftigen Kader in diesem Bereich sollten über ein höheres Bildungsniveau und politische Erfahrung verfügen, jünger sein und bessere Spezialkenntnisse in ihrem Verwaltungsfachbereich besitzen. Von besonderer Bedeutung sei schließlich eine patriotische Grundhaltung, die zukünftig allen Mitgliedern religiöser Kreise noch stärker als bisher zu vermitteln sei.

Die Ausführungen Jiang Zemins und Zhu Rongjis belegen die gestiegene Bedeutung, die der Religionspolitik seit den Ereignissen des 11. September offenbar beigemessen wird. Die Dokumente machen das Bemühen der parteistaatlichen Führung deutlich, eine übergreifende politische Antwort

für verschiedenartige Probleme im religiösen und gesellschaftlichen Leben des Landes zu finden: So ist man bestrebt, eine klare Abgrenzung „legaler“ religiöser Aktivitäten und Organisationen sowohl gegenüber den so genannten „Kulten“ vorzunehmen, allen voran der Falungong-Bewegung, durch die sich die KPCh in ihrem gesellschaftlichen Organisationsmonopol bereits seit über zwei Jahren herausgefordert sieht, als auch gegenüber dem nun mit neuer Brisanz wahrgenommenen fundamentalistischen Potenzial. Die zahlreichen Beschwörungen der nationalen Einheit und des Patriotismus tragen deutliche Spuren der Furcht vor einer Verbreitung vor allem des islamischen Fundamentalismus in Nordwestchina.

Auf einem anderen Blatt steht freilich geschrieben, inwieweit die vorgesehenen religionspolitischen Mittel geeignet sind, die befürchteten Gefahren abzuwenden. Die parteistaatliche Kooptation und Verpflichtung von Vertretern der fünf offiziell genehmigten Religionen (Buddhismus, Taoismus, Islam, Katholizismus und Protestantismus) auf patriotische und sozialistische Grundtugenden dürfte als überkommenes Instrument der Einheitsfrontideologie eher Antipathien erregen als das gewünschte Ziel einer Stärkung der Staatstreue religiös gläubiger Bevölkerungsgruppen zu erreichen. Eine bessere fachliche Ausbildung des religiösen Verwaltungspersonals erscheint zwar durchaus erstrebenswert, da immer wieder Klagen über die verbreitete Ignoranz staatlicher Funktionäre in religiösen Belangen zu vernehmen sind. Jedoch deuten die von Zhu Rongji skizzierten Maßnahmen zur Verstärkung der Verwaltungskapazitäten in ländlichen und Minderheitengebieten eher auf das Ziel einer umfassenden Überwachung des religiösen und kulturellen Lebens hin als auf einen toleranten und „aufgeklärten“ Umgang mit der religiösen Vielfalt des Landes, der dem wachsenden religiösen Interesse immer breiterer Gesellschaftsgruppen Rechnung trüge. Bei alledem stimmt immerhin die Tatsache zuversichtlich, dass die chinesische Führung die Religion als tragenden gesellschaftlichen Faktor offenbar nach und nach ernst nimmt.

Im Zusammenhang der Konferenz wurden auch einige aktuelle Zahlen

zur Verbreitung der offiziell anerkannten Religionen genannt. So gebe es in China mittlerweile über 100 Mio. religiöse Gläubige, über 3.000 religiöse Gruppen und über 100.000 religiöse Stätten. Das religiöse Verwaltungspersonal umfasse landesweit mehr als 300.000 Personen; die verschiedenen religiösen Gruppen betrieben insgesamt 74 Ausbildungsstätten, in denen religiöses Personal geschult würde. Gesonderte Zahlen wurden für Tibet angegeben, das rund 1.700 religiöse Stätten und 46.000 Mönche und Nonnen beheimate, sowie für Xinjiang, wo 23.000 Moscheen und religiöses Personal im Umfang von 29.000 Personen verzeichnet sei. Landesweit repräsentierten mehr als 17.000 Vertreter verschiedener Konfessionen die politischen Belange der Religionen in den Volkskongressen und den Politischen Konsultativkonferenzen auf allen administrativen Ebenen. (RMRB, 13.12.01; GMRB, 12.12.01; SCMP, 13.12.01; FAZ, 15.12.01) -hol-

13 Falungong als „terroristische“ Organisation gebrandmarkt

Im Gefolge des 11. September ist neben separatistischen Kräften in den Autonomen Regionen Xinjiang und Tibet auch die Falungong-Bewegung von offizieller Seite mit dem Label des „Terrorismus“ versehen worden. Die neue Kategorisierung der bisher als übler „Kult“ kriminalisierten Falungong-Bewegung markiert eine weitere Etappe intensiver staatlicher Verfolgung der in China verbliebenen Falungong-Anhänger, die seit dem Sommer 1999 zunehmend rigiden Repressionsmaßnahmen ausgesetzt sind.

Die Zuordnung erfolgte auf einer nationalen Konferenz zur Religionsarbeit, die vom 10. bis 12. Dezember in Beijing stattfand (vgl. vorausgehende Übersicht). Dort soll wiederholt die Feststellung gefallen sein, dass die Falungong-Bewegung keine Religion, sondern ein übler „Kult“ sei, unter dessen Anhängern sich auch solche befänden, die „gewaltsame und terroristische Akte“ verübten.

Zur Illustration verbreiteten die offiziellen Medien Berichte über mehrere Mordfälle, in denen angeblich Falungong-Anhänger im Zustand geis-

tig-seelischer Verwirrung Familienmitglieder getötet haben. So soll ein 29-jähriger Mann auf der Insel Hainan seinen Onkel erstochen haben, um ihm den Eingang ins „Nirvana“ zu ermöglichen. Ferner soll ein 46-jähriger Mann in Beijing seinen Vater und seine Frau getötet und seine Mutter durch Messerstiche schwer verletzt haben, nachdem er eine spirituelle Eingebung erlebt haben soll, die ihm nach eigenen Aussagen nahe gelegt habe, diese drei Personen aus dem „Meer des Leidens“ zu erlösen. Auch eine Serie von Bombenanschlägen in der Stadt Zhanjiang (Provinz Guangdong) wurde nach Spekulationen der *Wen Wei Po*, des Beijinger Sprachrohrs in Hongkong, mit der Falungong-Bewegung in Zusammenhang gebracht.

Die Berichte lassen sich nicht auf ihren Wahrheitsgehalt hin überprüfen; grundsätzlich kann nicht ausgeschlossen werden, dass vor dem Hintergrund der anhaltenden Eskalation des Falungong-Konflikts einzelne Anhänger in seelische Extremsituationen geraten und zu Mitteln der Gewalt greifen. Die Bezeichnung derartiger Handlungen als „terroristische Akte“, die eher der Projektion eines politischen Bedrohungsszenarios der Herrschaft der KPCh als dem Entsetzen über die sozialen Opfer der mutmaßlichen Mörder entspringen dürfte, erscheint allerdings sehr fragwürdig.

Gemäß Metaphern der offiziellen Presse ist der Falungong-„Virus“ in China noch immer im Begriff sich auszubreiten. Die Rhetorik der beiden Konfliktseiten gleicht sich dabei immer weiter an. Während sich auf der Homepage der internationalen Falungong-Organisation bereits seit über einem Jahr die Aufforderungen Li Hongzhis an seine Anhänger häufen, „das Böse (gemeint sind die Verantwortlichen für die Verfolgung der Falungong-Bewegung) restlos auszulöschen“, hat sich nun auch die im letzten Jahr gegründete Chinesische Anti-Kult-Vereinigung 'auf ihre Fahnen geschrieben, „das Böse (gemeint ist Falungong) restlos auszulöschen“. In einem Kommentar der Internetausgabe der *Volkszeitung* wurde der 46-jährige Vätermörder aus Beijing gar als „Dämon“ bezeichnet.

Ein neuerliches hartes Gerichtsurteil gegen Falungong-Anhänger erging am 13. Dezember. Sechs Angehörige der Qinghua-Universität in Beijing, die bereits Anfang 2001 festgenommen worden waren, wurden zu Haftstrafen zwischen drei und zwölf Jahren verurteilt. Ihnen wurde zur Last gelegt, Materialien von Websites der internationalen Falungong-Organisation heruntergeladen, ausgedruckt und in den Straßen Beijings ausgehängt zu haben. Eine besondere Brisanz des Falls liegt darin, dass es sich bei den Verurteilten um Angehörige der natur- und ingenieurwissenschaftlichen Elite des Landes handelt – mindestens drei von ihnen sind Doktoranden der namhaften Universität. In Reaktion auf das Bekanntwerden des Urteils sollen 32 im Ausland lebende Absolventen der Qinghua-Universität einen offenen Protestbrief an Ministerpräsident Zhu Rongji sowie an Hu Jintao, Stellvertretender Staatspräsident und designierter Nachfolger Jiang Zemin im Amt des Generalsekretärs der KPCh, geschickt haben – beide sind selbst ehemalige Qinghua-Studenten. (RMRB, 13., 23.12.01; XNA, 13., 17., 24.12.01; RMRB online, 17.12.01, nach FBIS, 17.12.01; Xinhua, 19.12.01, nach BBC PF, 19.12.01; *Wen Wei Po*, 15.12.01, nach FBIS, 15.12.01; Hong Kong AFP, 23.12.01, nach FBIS, 23.12.01; SCMP, 14.12.01; IHT, 24.12.01) -hol-

14 Zwei Führer einer christlichen Untergrundkirche zum Tod verurteilt

Wie das Hongkonger Information Centre for Human Rights and Democracy meldete, sind Ende Dezember siebzehn Mitglieder der „*Huanan* (Südchina)-Kirche“ von einem Gericht in der Stadt Jingmen, Provinz Hubei, mit schweren Strafen belegt worden. Gong Shengliang, der Gründer der Kirche, und seine Nichte Li Ying wurden zum Tod verurteilt, im Fall der Letzteren mit zweijährigem Vollzugsaufschub. Gegen die restlichen 15 Personen wurden Freiheitsstrafen von zwei Jahren bis zu lebenslänglicher Haft verhängt.

Die Angeklagten wurden beschuldigt, unter missbräuchlicher Berufung auf einen „Kult“ gegen Gesetze verstoßen

und Personen böswillig verletzt zu haben. Dem 46-jährigen Gong Shengliang wurden außerdem Vergewaltigung und Rowdytum in mehreren Fällen, der 30-jährigen Li Ying dagegen die Publikation und Verbreitung einer illegalen Zeitschrift zur Last gelegt (das Blatt der Kirchengemeinde war angeblich in 500.000-starker Auflage in 48 Nummern erschienen).

Bei der „*Huanan*-Kirche“ handelt es sich um eine von Gong Shengliang 1991 ins Leben gerufene Abspaltung der „*Quan fanwei* (Total Scope)-Kirche“. Die *Huanan*-Kirche hatte zuletzt rund 50.000 Mitglieder in zehn Provinzen Chinas, darunter Hubei, Henan und Hunan. Im April 2000 war sie, ebenso wie die *Quan fanwei*-Kirche sowie mindestens 14 andere christliche Untergrundkirchen, vom Ministerium für Öffentliche Sicherheit als „Kult“ eingestuft worden.

Nach Angaben des Informationszentrums waren bereits in den Vorjahren zwei Gründer von christlichen Untergrundkirchen von chinesischen Gerichten zum Tod verurteilt worden. So sollen im Jahr 1995 gegen den Gründer der „*Bei li wang* (The Enthroned King)-Kirche“, Wu Yangming, und im Jahr 1999 gegen Gründer der „*Zhu shen jiao* (The Principal God)-Kirche“, Liu Jianguo, wegen religiöser Untergrundaktivitäten Todesurteile verhängt worden sein. (Information Centre for Human Rights and Democracy, Hong Kong, 30.12.01, nach BBC PF, 30.12.01) -hol-

15 Serie von Bombenanschlägen in mehreren Landesteilen

Im Verlauf des Monats Dezember haben sich in mehreren Landesteilen Chinas Bombenattentate ereignet, teilweise in Form lokal konzentrierter Bombenserien. Nach Angaben chinesischer Sicherheitsbehörden handelte es sich bei den Bombenexplosionen um „normale verbrecherische Akte“, die in keinem erkennbaren Zusammenhang miteinander stünden. Offizielle Sprecher betonten, dass die jüngste Häufung von Bombenanschlägen keineswegs Ausdruck einer Verschlechterung der öffentlichen Sicherheit sei.

Am 14. Dezember ereigneten sich in Jiangmen und Zhanjiang, zwei Städ-

ten der Provinz Guangdong, insgesamt 23 Bombenexplosionen, durch die fünf Personen getötet und sieben Personen verletzt wurden. Nach Angaben der staatlichen Nachrichtenagentur Xinhua waren sämtliche Bomben von einer Person gezündet worden, einem Mann namens Lin Guojian, der sich dadurch an verschiedenen Personen rächen wollte, mit denen er in persönliche bzw. geschäftliche Streitigkeiten verwickelt gewesen war; der Mann sei selbst unter den Opfern gewesen. Anderen Quellen zufolge wurden für die Bombenserie in Zhanjiang auch Anhänger der Falungong-Bewegung verantwortlich gemacht.

Einen Tag später wurde eine Person getötet und 27 Personen verletzt, als in einem McDonald-Restaurant in Xi'an, der Hauptstadt der nordwestchinesischen Provinz Shanxi, eine Bombe gezündet wurde. Das Attentat wurde zunächst der getöteten Person zugeschrieben, womit der Verdacht nahe lag, es könnte sich um ein terroristisch motiviertes Selbstmordattentat gehandelt haben. Nachdem am Tatort nachträglich ein Zeitzünder entdeckt wurde, wurde diese Version fallen gelassen. Der Verdacht einer politischen Motivation etwa im Zusammenhang mit anti-amerikanischen Tendenzen unter muslimischen Bevölkerungsteilen der Stadt wurde allerdings, wenn auch nicht bestätigt, so doch nicht offiziell dementiert.

Am 20. Dezember versuchte ein arbeitsloser junger Mann in Zhengzhou, Hauptstadt der zentralchinesischen Provinz Henan, in einem Krankenhaus eine Bombe zu zünden. Eine weitere Bombe explodierte am 23. Dezember in einer Filiale der Supermarktkette Carrefour in der Hafenstadt Qingdao der nordchinesischen Provinz Shandong. Schließlich wurden Ende des Monats in der Stadt Zhongxiang in der zentralchinesischen Provinz Hubei ein Polizist getötet und zwei weitere verletzt, während sie einen mutmaßlichen Dieb im Polizeiwagen festhielten. Der Mann trug am Körper eine Bombe, die im Fahrzeug detonierte; der Attentäter kam bei der Explosion selbst ums Leben.

Wie üblich hielten sich offizielle Vertreter und Medien mit Angaben über die Motive für die Anschläge zurück. Wenn Ermittlungsergebnisse

überhaupt veröffentlicht werden, so nennen sie in den meisten Fällen private Konflikte als Tatgründe. Sofern politische oder religiöse Motive für die Attentate verantwortlich sind, liegt es generell nicht im Interesse der Behörden, diese Motive öffentlich zu benennen.

Ein indirektes Indiz dafür, dass hinter der jüngsten Serie von Bombenanschlägen doch teilweise politische Hintergründe vermutet werden, kann in der Tatsache gesehen werden, dass seit dem 14. Dezember die Sicherheitsmaßnahmen in den diplomatischen Vierteln Beijings verschärft wurden. So wurden vor US-amerikanischen und britischen Botschaftsgebäuden Barrikaden errichtet und der Verkehr umgeleitet. (AWSJ, 17.12.01; NZZ, 17.12.01; Agence France Presse, 18.12.01; FT, 19.12.01; Radio Television Hong Kong, Radio 3, 29.12.01, nach BBC PF, 29.12.01; FAZ, 29.12.01) -hol-

16 Zentrale Parteischule bietet Seminare für Privatunternehmer an

Wie Hongkonger Quellen zu entnehmen ist, bietet die Zentrale Parteischule in Beijing seit einigen Wochen Seminare für Privatunternehmer an. Dabei handelt es sich insofern um eine einschneidende Neuerung, als die höchste ideologische Lehranstalt des Landes und traditionelle Kaderschmiede bislang den „revolutionären“ Eliten der KPCh vorbehalten war.

Nach Aussagen eines Vertreters der Parteischule werden in den Seminaren, die zwischen sieben und zehn Tagen dauern und den Teilnehmern zwischen 1.000 und 1.500 RMB Yuan abverlangen, Kenntnisse über ökonomische Theorien und westliches Geschäftsmanagement sowie über Chancen und Herausforderungen für Unternehmer nach dem Beitritt Chinas zur Welthandelsorganisation vermittelt. Eine systematische Einführung in kommunistische Parteitheorien sei nicht Ziel der Seminare, allerdings fänden am Rande der Veranstaltungen Diskussionen über die parteistaatliche Politik zur Entwicklung der privaten Wirtschaft statt. Bislang sollen vier Seminare mit jeweils 50 bis 100 Teilnehmern veranstaltet worden sein.

Während aus Sicht der Privatunternehmer die Teilnahme an den Seminaren als günstige Gelegenheit begrüßt werden dürfte, Kontakte zu Parteikadern zu knüpfen und so ihre persönlichen Netzwerke zu bereichern, besteht das Interesse der Zentralen Parteischule an der Durchführung dieser Seminare – neben dem finanziellen Gewinn – offenbar darin, ausgewählte Vertreter des Privatsektors an die KPCh heranzuführen. Die Kooptation von Privatunternehmern in die Partei geht auf den ideologischen Vorstoß des KP-Generalsekretärs Jiang Zemin zurück, der am 1. Juli 2001 angekündigt hatte, dass die KP zukünftig auch Privatunternehmer als Mitglieder aufnehmen werde (vgl. C.a., 2001/7, S.739-746). Die Tatsache, dass die Zentrale Parteischule sich nun für Privatunternehmer öffnet, kann als ein Indiz gewertet werden, dass parteiinterne Widerstände gegen den kontroversen ideologischen Vorstoß Jangs weitgehend ausgeräumt sein dürften.

Dafür sprechen auch zwei Beiträge in dem theoretisch autoritativen Parteiorgan *Qiushi* (Wahrheitssuche) vom November. In diesen Beiträgen wird in höchst kunstvoller Manier und in aller argumentativen Ausführlichkeit dargelegt, weshalb die Aufnahme von Angehörigen „neuer sozialer Schichten“ (also Privatunternehmer) – die nach klassischen marxistischen Vorstellungen ja als „Kapitalisten“ und „Ausbeuter“ gelten – durchaus keinen Widerspruch zum „Wesen“ der KPCh als Vertreterin der revolutionären Klassen darstellt. Auch werden detaillierte ideologische Kriterien für die Aufnahme solcher neuer Mitglieder etabliert, durch die sichergestellt werden soll, dass diese ihrem Bestimmungszweck gerecht werden, der nach parteitheoretischer Auffassung darin besteht, zum Aufbau des Sozialismus chinesischer Prägung beizutragen. (SCMP, 4.12.01; *The Straits Times*, 5.12.01; *Qiushi*, 16.11.01, nach BBC PF, 16.11.01) -hol-

17 Vorschläge für innerparteiliche Demokratisierung

Der Artikel eines Professors für Politik an der Zentralen Parteischule in Beijing, in dem Vorschläge für eine Demokratisierung innerhalb der KPCh

unterbreitet werden, haben nach Aussagen der Hongkonger *South China Morning Post* in Parteikreisen für einigtes Aufsehen gesorgt. Der in einer relativ unbekanntem theoretischen Zeitschrift publizierte Beitrag des Professors Wang Guixiu wird als Versuch des liberalen Lagers innerhalb der KPCh gewertet, die parteipolitische Agenda für den XVI. Parteitag im Herbst 2002 mitzugestalten und positive Ansätze für eine politische Reform zu lancieren.

Professor Wang soll bereits in den 1980er Jahren eng mit dem damaligen Parteisekretär Zhao Ziyang zusammengearbeitet haben, der anlässlich des XIII. Parteitags im Jahr 1987 ein ehrgeiziges, wenn auch vages Programm für politische Reformen vorgelegt hatte. Nach der Niederschlagung der Protestbewegung 1989 war dieses Programm allerdings auf Eis gelegt worden.

In seinem jüngsten Beitrag formulierte Wang Guixiu die folgenden konkreten Vorschläge für eine Demokratisierung des politischen Systems:

- Schaffung einer „echten Demokratie“ innerhalb der KPCh durch die Einführung freier Wahlen mit echter Konkurrenz zwischen mehreren Kandidaten;
- Abschaffung des (derzeit siebenköpfigen) übermächtigen Ständigen Ausschusses des Politbüros; stattdessen Bestimmung des gesamten (derzeit aus 21 Mitgliedern und 2 Kandidaten bestehenden) Politbüros zum höchsten Organ der Partei;
- Aufwertung des Nationalen Volkskongresses von einer bloßen „Abstimmungsmaschinerie“ hin zu einem echten Parlament, dessen Abgeordnete frei gewählt und in der Lage sind, politische Abstimmungen gemäß ihrer eigenen persönlichen Entscheidung zu treffen;
- Umwandlung der Disziplinarkontrollkommission der KPCh in ein gewähltes und unabhängiges Organ, das damit in die Lage versetzt werden soll, eine echte Aufsicht über die Parteimitglieder zu führen.

Der Autor versuchte die Gunst der Parteiführung zu gewinnen, indem er Jiang Zemins berühmte Rede vom 1. Juli 2001 als Anlass nahm, die innerparteiliche Demokratisierung und Intensivierung politischer Reformen dem Generalsekretär der Partei selbst als wichtiges Vorhaben für den XVI. Parteitag gewissermaßen in den Mund zu legen. Auch warb er für innerparteiliche Reformen, indem er argumentierte, dass die Entwicklung der Demokratie auf Regierungsseiten innerhalb der vergangenen zwanzig Jahre schneller verlaufen sei als auf Seiten der KPCh.

Als positive Indizien für eine mögliche Wegbereitung für politische Reformen auf dem bevorstehenden Parteitag im Herbst werden auch die Gründung eines Forschungszentrums für Demokratie unter der Chinesischen Akademie für Sozialwissenschaften sowie die lange aufgeschobene, jüngst aber endlich realisierte Publikation eines Sammelbandes zur Demokratietheorie, ebenfalls durch die Akademie, gewertet. (SCMP, 7.12.01) -hol-

Wissenschaft, Bildung, Gesellschaft, Kultur

18 Ethikregeln der Akademie der Wissenschaften

Die Chinesische Akademie der Wissenschaften, die wichtigste Forschungseinrichtung für die Naturwissenschaften, hat kürzlich Ethikregeln für die Akademiemitglieder erlassen. Die aus zehn Punkten bestehenden Regeln wurden am 9. November 2001 vom Präsidium des Wissenschaftlichen Rates der Akademie verkündet und einen Monat später der Öffentlichkeit vorgestellt. Angesichts zunehmender Fälle von Unredlichkeit in der Forschung bemühen sich die großen Wissenschaftsorganisationen in aller Welt heute um die Aufstellung von Ethikregeln für Wissenschaftler. Insofern ist es für die internationale Wissenschaftskooperation von Bedeutung, dass das Problem auch in China angegangen wird. Hier hat es in den letzten Jahren eine ganze Reihe von Ethikregeln für verschiedene Berufe

gegeben, etwa für Journalisten. Auch in der wissenschaftlichen Forschung Chinas ist in jüngster Zeit ein Absinken der ethischen Standards zu verzeichnen. Die eigentliche Bedeutung der Regeln, so wird betont, liegt darin, dass die Chinesische Akademie der Wissenschaften zum ersten Mal in ihrer gut fünfzigjährigen Geschichte nach ihrer Neugründung in der VR China autonom ein Dokument über ihr eigenes Verhalten erlassen hat, d.h. die Initiative scheint von Akademie- und nicht vom Staat ausgegangen zu sein.

Die Ethikregeln für die Mitglieder der Akademie der Wissenschaften wurden im Wortlaut in der *Guangming-Zeitung* veröffentlicht (GMRB, 16.12.01, A2). In Übersetzung lauten sie wie folgt:

Art.1: Halte dich streng an die Bestimmungen der „Satzung der Akademiemitglieder der Chinesischen Akademie der Wissenschaften“, erfülle gewissenhaft die berufliche Verantwortung und die Pflichten eines Akademiemitglieds, beteilige dich aktiv an den vom Wissenschaftlichen Rat (*xuebu*) organisierten Aktivitäten, leiste auf vielfache Weise Beiträge für den wissenschaftlich-technischen Fortschritt des Staates und der Gesellschaft.

Art.2: Halte daran fest, dass die Wissenschaft der menschlichen Zivilisation, dem Frieden und dem Fortschritt dient. Befolge und bewahre bei der wissenschaftlichen Arbeit streng die ethischen Normen und Bestimmungen in Bezug auf die Sicherheit des Staates, der Informationen, der Ökologie, der Umwelt und der Gesundheit.

Art.3: Halte dich an die Wahrheit, befreie das Denken, suche die Wahrheit in den Tatsachen, wende dich gegen Betrug und dessen Verschleierung. Halte fest an einer ernsthaften, strengen und festen wissenschaftlichen Haltung, wende dich gegen Unbedachtheit und Großtuererei in der Wissenschaft. Leiste entschlossen Widerstand gegenüber korruptem und unvorschriftsmäßigem Handeln.

Art.4: Führe beharrlich die „Doppel-Hundert-Richtung“ [„lasst hundert Blumen blühen, lasst hundert Schulen miteinander wettstreiten“] durch und entfalte aktiv wissenschaftliche Demo-

kratie, respektiere voll unterschiedliche Meinungen auf wissenschaftlichem Gebiet, urteile nicht willkürlich, lass nicht nur deine eigene Meinung gelten, hüte dich vor und wende dich gegen eine Arbeitsweise, die von wissenschaftlicher Arroganz unter Ausnutzung einer Machtposition gekennzeichnet ist.

Art.5: Achte die Arbeit und die Rechte und Interessen der Mitarbeiter und anderer Menschen, zitiere die Forschungsergebnisse anderer korrekt. Wende dich gegen falsche Namenszeichnung und die Aneignung der Forschungsergebnisse anderer Personen. Wende dich gegen die Beteiligung an Handlungen zur Erreichung unlauterer Vorteile. Widerstehe und wende dich dagegen, wissenschaftliche Forschungsergebnisse in der Presse zu Sensationsmeldungen verarbeiten zu lassen.

Art.6: Bei Empfehlungen, Begutachtungen, Beurteilungen, wissenschaftlichen Erörterungen und Auszeichnungen aller Art halte fest am Prinzip der Unparteilichkeit und Gerechtigkeit, suche die Wahrheit in den Tatsachen und lasse dich nicht von persönlichen Erwägungen leiten.

Art.7: Sei selbst ein Vorbild für andere, schätze die Lehrer hoch, belohne und befördere junge Nachwuchswissenschaftler, ermuntere zu Innovationen, ermuntere junge Leute dazu, kühn neue wissenschaftliche Gedanken und Meinungen zu äußern. Kümmere und Sorge dich um das gesunde Heranwachsen junger Wissenschaftler.

Art.8: Entfalte den Geist der wissenschaftlichen Zusammenarbeit und des Kollektivismus. Lass die begrenzten menschlichen und materiellen Ressourcen größtmögliche Ergebnisse erzielen. Wende dich dagegen, dass im privaten Interesse eines Einzelnen oder einer kleinen Gruppe die Interessen des Staates oder anderer Personen verletzt werden.

Art.9: Entfalte aktiv einen wissenschaftlichen Geist, führe wissenschaftliches Denken ein, verbreite wissenschaftliche Methoden und wissenschaftliche Kenntnisse, merze Aberglauben aus, wende dich entschieden gegen Pseudowissenschaft.

Art.10: Halte dich streng an die „Verhaltensnormen für Akademiemitglieder bei der Erweiterungs- und Aus-